



Landeshaushalt 2018 mit unsozialen Nebenwirkungen

Die von Mitte-Rechts gepriesene „Schwarze Null“ fällt dem Finanzminister in den Schoss. Auch die SPD geführte Landesregierung hatte in seiner Abschlussbilanz schon Überschüsse ausgewiesen und zwar schon ab 2017. Dagegen musste Schwarz-Gelb jetzt eingestehen, dass auch 2017 noch 1 Mrd. € neue Schulden gemacht werden. 2016 wurden noch Schulden in Höhe von mehr als 200 Mio. € getilgt. Die angekündigten Einsparungen von 131 Mio. €, ganze 1,8 Promille des Landeshaushaltes, sind eine Luftnummer. Wo genau gespart werden soll, kann CDU/FDP bis zum heutigen Tage nicht sagen.

Wenn gespart wird, dann auf dem Rücken der Schwächsten:

■ Das Sozialticket sollte schrittweise abgeschafft werden. Erst nach massiven Protesten ist dies still und heimlich zurückgenommen worden.

■ Der Soziale Arbeitsmarkt wird mit weniger Geld ausgestattet. Hier werden 10 Mio. € weniger bereitgestellt.

■ Bei der Sozialen Flüchtlingsberatung werden mehr als 17 Mio. € gekürzt.

Gleichzeitig fehlen in diesem Haushaltsentwurf die notwendigen Investitionen und der Gestaltungswille für die Zukunft:

■ Die Investitionsquote sinkt von 9,4 Prozent in 2017 auf 8,7 Prozent in 2021.

■ Für die versprochenen und notwendigen Qualitätsverbesserungen in Kitas und OGS wird kein Geld bereitgestellt.

■ Ein Plan, wie die Tausenden offenen Stellen, vor allem im Schulbereich, besetzt werden soll, wurde bis heute nicht vorgelegt.

Stattdessen schafft die Landesregierung mehr Bürokratie mit mehr Personal in den Ministerien. Nach dem Nachtragshaushalt 2017 mit 139 neuen Stellen in der Ministerialbürokratie werden mit dem Haushalt 2018 noch einmal 259 Stellen für die Regierung geschaffen. Bemerkenswert dabei ist, wie schnell die meisten der 139 Stellen aus dem Nachtrag besetzt wurden, während Stellen für innere Sicherheit und Schulen unbesetzt bleiben.

Alle Anträge der SPD zur Entlastung der Kommunen wurden abgelehnt.

2,5 Mio. Euro für die Nutzung von Braunkohle als Chemierohstoff

Zur dritten und abschließenden Lesung des Landeshaushaltes haben CDU und FDP einen Änderungsantrag eingebracht, der 2,5 Mio. Euro zur Förderung von Innovationen bei der Nutzung von Braunkohle als Chemierohstoff bereitstellt. Das finde ich richtig gut. Die SPD wird diesem konkreten Änderungsantrag zustimmen, auch wenn der Gesamthaushalt wegen sozialer Unausgewogenheit nicht zustimmungsfähig aus Sicht der Sozialdemokraten ist. Ich bedanke mich bei FDP und CDU, dass die Verwendung von Braunkohle für die Synthesegasherstellung jetzt einen Schritt weiter kommt und unsere parteiübergreifenden Empfehlungen aus der letzten Wahlperiode aufgegriffen werden. Gerade weil ich in der Enquete-Kommission des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Zukunft der chemischen Industrie in NRW in der letzten Legislaturperiode als Sprecher der SPD arbeiten durfte, sage ich: Das stärkt die bereits geschaffene Stiftungsprofessur der Ruhruniversität Bochum am Standort Niederaußem bzw. den vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Syntheseteststand.